

Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor(en): **Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1997)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418296>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
 Vizestaatschreiber: Renato Krähenbühl
 Vizestaatschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Nach Artikel 92 Absatz 2 der Verfassung ist die Staatskanzlei die gemeinsame Stabsstelle von Regierung und Parlament. Die Staatskanzlei hat diese Vorbereitungs-, Planungs- und Koordinationsaufgaben in zahlreichen Bereichen wahrgenommen. Sie organisierte 56 Sitzungen des Regierungsrates – darunter 13 Klausursitzungen – und 6 Sessionen des Grossen Rates.

Die Staatskanzlei war auch verantwortlich für die Durchführung grösserer Anlässe (Besuch einer Delegation des Niedersächsischen Landtages beim Grossen Rat vom 11. bis 14. September; Durchführung der Réunion des Bureaux des Grands Conseils de Suisse romande, de Berne et du Tessin am 4. Oktober; Koordination der Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 1998).

In bezug auf den Berner Jura führte die Staatskanzlei ihre bisherigen Aktivitäten fort. Diese bestanden darin, die Deputation, den Regionalrat und die Berner Delegation in der Interjurassischen Versammlung (IJV) zu unterstützen. Ausserdem setzte sie den Akzent auf die Weiterverfolgung der 26 Resolutionen der IJV. Die Arbeiten für den administrativen Übergang und die vermögensrechtliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat sowie die Vorbereitungsarbeiten für einen Bericht über die Jurapolitik des Regierungsrates an den Grossen Rat konnten noch nicht abgeschlossen werden.

Am 7. Februar 1996 hatte der Regierungsrat die Staatskanzlei beauftragt, zusammen mit der Generalsekretärenkonferenz (GSK) und der Finanzdirektion eine Überprüfung der Konzeption der politischen Gesamtplanung vorzunehmen. Diese Arbeiten konnten abgeschlossen werden: Am 25. Juni hat der Regierungsrat einen Schlussbericht und damit ein neues Konzept der politischen Gesamtplanung genehmigt. Das neue Konzept betont in verstärktem Masse die strategische Funktion der Richtlinien der Regierungspolitik und versucht, durch einen parallelen iterativen Prozess eine stärkere Verknüpfung der Aufgabenplanung mit der Finanzplanung herbeizuführen. Gleichzeitig wird Abschied genommen von der Idee einer integrierten Aufgaben- und Ressourcensteuerung im Sinne von EFFISTA-IARS. Der Richtlinienbericht 1998 soll nach dem neuen Konzept erarbeitet werden. Erste Vorarbeiten in enger Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion fanden bereits am Ende des Berichtsjahres statt.

Unter der Federführung der Staatskanzlei wurde das Projekt Neue Finanzaufsicht gestartet. Ende September konnte ein Aussprachepapier mit ersten Modellvarianten für eine neue Ausgestaltung der Finanzaufsicht der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission und der Kommission Parlamentseffizienz des Grossen Rates sowie dem Regierungsrat zur Stellungnahme unterbreitet werden. Ein Bericht soll dem Grossen Rat in der März-Session 1998 vorgelegt werden.

Am 24. Februar 1997 hat die Präsidentenkonferenz die Kommission Parlamentseffizienz eingesetzt. Die Staatskanzlei stellte zusammen mit dem Ratssekretariat während des ganzen Jahres die Sekretariatsarbeiten sicher und hat im Auftrag der Kommission zusätzliche Abklärungen vorgenommen.

Mit der grossangelegten Ausstellung «Berner Bahnen» hat das Staatsarchiv im Eisenbahn-Jubiläumsjahr die Entwicklung der Eisenbahnen im Kanton Bern zwischen 1857 und 1997 dargestellt; die Ausstellung stiess auf ein beachtliches Medien- und Publikumsecho.

Im Rahmen des Schweizerischen Archivtages öffnete das Staatsarchiv seine Tore und liess ein zahlreiches Publikum einen Blick hinter die Kulissen werfen (15. November).

Eine Delegation des Regierungsrates des Kantons Aargau konnte sich bei einem Besuch im Staatsarchiv davon überzeugen, dass das wertvolle Archiv der Grafenfamilie v. Hallwyl, das 1926 dem Kanton Bern anvertraut wurde, nach modernsten archivtechnischen Grundsätzen betreut wird.

Die Realisierung des Informatikprojekts BELEX (elektronische Bearbeitung und Verwaltung der Bernischen Systematischen Gesetzessammlung) stand Ende 1997 kurz vor der Realisierung. Nach der Einführung von BELEX (ca. Ende 1. Semester 1998) werden Änderungen der Erlasse mit modernen, elektronischen Hilfsmitteln erfolgen. Dies ermöglicht eine raschere Bearbeitung und eine aktuellere Herausgabe (zweimal jährlich) der BSG.

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für die Ablösung des Wang-Systems mit all seinen Anwendungen wurde das für die Staatskanzlei strategische Informatikprojekt GISTA-2000 (Ablösung Wang-System; Verwaltung der Regierungsratsbeschlüsse, der parlamentarischen Vorstösse und Grossratsgeschäfte; allgemeine Geschäftskontrolle; Dokumentenverwaltungssystem) initialisiert. Um eine sichere und rasche Projektabwicklung für diese komplexen Aufgaben zu gewährleisten, wurde ein externer Gesamtprojektleiter eingesetzt, der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei in diesem Ablöseprozess unterstützt. Die Realisierung des Projekts ist im Jahr 1999 vorgesehen.

Der Regierungsrat hat festgelegt, dass sich auch eine Verwaltungseinheit der Staatskanzlei am Projekt Neue Verwaltungsführung NEF 2000 beteiligt. Als Pilotamt wurde das Amt für Information (AI) bestimmt. Mit dem Pilotversuch soll unter anderem geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen die Kostenrechnung in der Staatskanzlei kostendeckend eingeführt werden kann und inwieweit Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt auf die Führungsinstrumente der Staatskanzlei und auf die Tätigkeit der übrigen Ämter übertragen werden können.

Die Staatskanzlei (Amt für Zentrale Dienste und Amt für Information) beteiligte sich mit der Finanzdirektion (Organisationsamt) am Pilotprojekt «WWW im Kanton Bern». Einerseits wurden damit die Vorarbeiten für den Internet-Auftritt des Kantons (eigene Homepages der Direktionen und der Staatskanzlei) geleistet, die mit einer konkreten Wegleitung ihren Abschluss fanden. Andererseits wurde eine erste Information des Kantons auf Internet realisiert und über die Plattform «Bernonline» (Provider blue window) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In der Zwischenzeit ist dieses erste Informationsangebot erweitert und auf eine eigene Homepage der Staatskanzlei transferiert worden. Es soll in einem nächsten Schritt mit aktuellen Informationen und weiteren Dienstleistungen der Staatskanzlei ergänzt werden.

Das Amt für Information hat den Prozess der Haushaltsanierung weiterbegleitet. Die Kommunikationsarbeit wurde vom AI in enger Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion konzipiert, koordiniert und schrittweise umgesetzt.

2.2 **Berichte der Ämter**

2.2.1 **Amt für Zentrale Dienste (AZD)**

2.2.1.1 *Kantonale Drucksachen- und Büromaterialzentrale (KDBZ)*

In ihrem Bericht aus dem Jahre 1994 an den Grossen Rat hat die Geschäftsprüfungskommission die Empfehlung abgegeben, den Aufbau eines zentralen Büromaterialeinkaufs für die Zentralverwaltung zu prüfen. Da die personellen Ressourcen der Staatskanzlei für den Aufbau einer eigenen Büromaterialzentrale nicht vorhanden sind, stand von Anfang an die Idee des Outsourcings im Vordergrund. Geprüft wurde eine Zusammenarbeit mit der Stadt Bern resp. einem privaten Anbieter. Nach sorgfältigem Abwägen entschied sich der Regierungsrat Ende 1996 für die Zusammenarbeit mit der Stadt Bern. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Staatskanzlei erarbeitete zusammen mit der Schul- und Büromaterialzentrale der Stadt Bern einen Büromaterial-Katalog samt Begleitung, der vor Jahresende an die Verantwortlichen für die Büromaterialbeschaffung abgegeben werden konnte. Auf den 1. Januar 1998 richteten sich sämtliche Bestellungen der Zentralverwaltung an die Schul- und Büromaterialzentrale der Stadt Bern. Sowohl die Stadt wie auch der Kanton profitieren von den sich durch den Zusammenschluss ergebenden Synergien, vor allem im wirtschaftlichen, aber auch im ökologischen Bereich. Der Kanton geht davon aus, mit dieser Massnahme jährliche Einsparungen in der Grössenordnung von 700 000 Franken erzielen zu können.

2.2.1.2 *Drucksachenverkauf*

Im Rahmen der Arbeiten für die Ablösung des Wang-Systems mussten insgesamt 3000 Adressen neu erfasst werden. Die Adressverwaltung erfolgt neu in der Anwendung RASTA (Ratsabrechnung). Damit ist nun eine vielfältige Nutzung möglich (Abrechnung der Taggelder für den Grossen Rat, Ausdruck von Kommissionslisten, Adressetiketten und Andrucke von Couverts).

2.2.1.3 *Informatik*

Im Bereich der Kantonalen Drucksachen- und Büromaterialzentrale (KDBZ) sind drei Anwendungen, die seit fast 10 Jahren im Einsatz standen, abgelöst worden. Es handelt sich dabei um die Anwendungen «Bestellwesen», «Druckereistatistik» und «Auftragsstatistik». Diese Ablösung wurde notwendig, weil kaum eine Firma noch Kenntnisse in der alten Programmierung (Cobol, Pace) besitzt und zudem das Wang-System bis spätestens im Jahr 2000 ersetzt werden muss.

Im weitern sind Vorarbeiten für die Ablösung des Mail-Systems (Wang Office) geleistet worden. Die Staatskanzlei schliesst sich dem neuen BEMAIL der kantonalen Verwaltung an.

In Bereich Internet hat die Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion am Pilotprojekt «WWW des Kantons Bern» mitgewirkt und war massgeblich an der Entstehung des umfassenden Regelwerks «Weisungen für den Einsatz und die Nutzung von Internet und Angeboten der kantonalen Verwaltung im World Wide Web (WWW-Weisungen)» beteiligt. Diese WWW-Weisungen hat der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 2. Juli 1997 verabschiedet (RRB 1657/97).

2.2.1.4 *Wahlen und Abstimmungen*

Auf den 13. April 1997 erfolgte die Vorbereitung und die Durchführung der Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates anstelle von Hermann Fehr.

Am 28. September 1997 konnte das Berner Volk erstmals bei einer Referendumsvorlage gleichzeitig über einen Volksvorschlag abstimmen (Gesetz über die direkten Staats- und Gemeindesteuern; Änderung). Am 23. November 1997 kamen zwei weitere Referendumsvorlagen mit je einem Volksvorschlag zur Abstimmung (Neuorganisation der Spitalversorgung und Wassernutzungsgesetz). Beim Wassernutzungsgesetz wurde erstmals ein Volksvorschlag angenommen.

Ab September 1997 wurden die Vorbereitungen für die Grossratswahlen 1998 aufgenommen. In diesem Zusammenhang unterstützte die Staatskanzlei die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion bei der Umsetzung der Informatiklösung WALO, welche in erster Linie bei den Regierungstatthalterämtern zum Zuge kommt. Im Vordergrund standen dabei die Mitwirkung bei Instruktionkursen und die Durchführung von Testläufen.

2.2.1.5 *Personaldienst*

Die Probephase des MAG (Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch und Leistungs- und Verhaltensbeurteilung in der Berner Kantonsverwaltung) wurde weitergeführt. Neueintretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden nachgeschult. Für Personen mit wenig Führungserfahrung fand an vier Halbtagen ein MAG-Coaching statt. Es nahmen vier Frauen und ein Mann an dieser Ausbildung teil.

Im Rahmen eines Pilotprojektes kann eine kaufmännische Praktikantin (Ausbildung 2. Bildungsweg) das für den eidg. Fähigkeitsausweis notwendige 3. Lehrjahr in der Staatskanzlei absolvieren. Sie wird im Amt für Zentrale Dienste, Staatsarchiv, Ratssekretariat und im Amt für Information eingesetzt. Damit bietet die Staatskanzlei eine weitere kaufmännische Ausbildungsmöglichkeit an, nachdem im Amt für Zentrale Dienste seit Jahren regelmässig drei kaufmännische Lehrlinge ausgebildet werden.

Die Amtsvorsteherin und Amtsvorsteher setzten sich an ihrer jährlich stattfindenden Klausurtagung mit der Thematik «Integration und Erneuern von Wissen» auseinander.

2.2.1.6 *Rathausverwaltung*

Erstmals wurde während eines gesamten Jahres mit dem Ratsabrechnungssystem gearbeitet, was für die Rathausverwaltung eine erhebliche Erleichterung darstellt. Bei der Abrechnung der Sitzungsgelder kann auf Handarbeit verzichtet werden. Auch die Einladungen für Kommissionssitzungen können nun elektronisch erstellt werden.

2.2.2 **Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)**

2.2.2.1 *Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung*

Obwohl die Aktivitäten des mit der Einstellung französischsprachigen Personals beauftragten Dienstes (Service SOS-F) etwas zurückgestellt wurden, kontrolliert der Dienst nach wie vor in regelmässigen Abständen, dass die Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung in beiden Amtssprachen erfolgen.

2.2.2.2 *Übersetzung*

Der Zentrale Übersetzungsdienst (ZÜD) konzentrierte sich auf seine Hauptaufgaben. Ein Schwerpunkt bestand in der Umverteilung der Aufgaben innerhalb des Dienstes, um die gegenseitige Vertretung der Mitarbeitenden zu gewährleisten.

2.2.2.3 Terminologie

Im September 1996 war das *Wörterbuch der bernischen Rechts- und Verwaltungssprache* erschienen, das auf der Grundlage der Terminologiedatenbank des Kantons Bern, LINGUA-PC, erarbeitet worden war. Das zweisprachige Wörterbuch stiess auf grosses Interesse, so dass die Auflage von 1029 Exemplaren bereits im Juni 1997 vergriffen war.

Der Datenbestand von LINGUA-PC wurde laufend erweitert und aktualisiert. Die Leiterin des ZTD nahm im April und November an den Veranstaltungen des *Rats für Deutschsprachige Terminologie* und im November am jährlichen Treffen der COMPUTERM-Gruppe teil.

Der ZTD hat zusammen mit Vertretern der Kantone Freiburg und Wallis sowie mit der Sektion Terminologie der Bundeskanzlei eine Arbeitsgruppe gebildet, welche sich mit der Terminologie des New Public Managements befasst. Am 4. Oktober konnte den Teilnehmern der Konferenz der Grossratsbüros der Westschweizer Kantone sowie der Kantone Bern und Tessin ein provisorisches Arbeitspapier übergeben werden.

2.2.2.4 Rechtsdienst

Die Rückstände bei der Bernischen Systematischen Gesetzesammlung (BSG) konnten weitgehend abgebaut werden. Im Frühling erschien der Nachtrag 22 (Stichtag 1. 7. 1996), im Herbst der Nachtrag 23 (Stichtag 1. 1. 1997). Der Nachtrag 24 (Stichtag 1. 7. 1997) wird Anfang 1998 erscheinen. Im Berichtsjahr gingen nur zwei Verwaltungsbeschwerden und keine Beschwerden in Sachen politische Rechte ein. Bezüglich politischer Gesamtplanung siehe Ziffern 1.1 und 2.1.

2.2.2.5 Politische Mitwirkung

Nach der Auflösung der *Fédération des communes (FJB)* im Jahre 1996 wurde beschlossen, die FJB-Unterlagen im Berner Jura zu archivieren. Ein dafür geeigneter Raum wurde im Kellergeschoss des Regierungsstatthalteramts Neuenstadt eingerichtet. Die Archivierungsarbeiten waren am Ende des Berichtsjahres noch nicht abgeschlossen.

Bei den Aktivitäten des Dienstes der Juradelegation (DJUD) sei auf zwei Punkte hingewiesen: die Vorbereitung und Organisation der Informationstagung vom 11. Juni, an welcher der Regierungsrat mit Persönlichkeiten des Berner Juras zusammenkam, sowie die Prüfung der Zusammensetzung des Regionalrats ab Herbst. Dank der Veranstaltung vom 11. Juni konnten Informationen und Reaktionen gesammelt werden, die als Grundlage für den Bericht des Regierungsrates über den Berner Jura dienen werden. Die Prüfung der Zusammensetzung des Regionalrates soll im nächsten Jahr weitergeführt werden.

Unter dem Präsidium von Frédéric Graf und ab 1. August unter jenem von Jean-Pierre Verdon nahm der Regionalrat innerhalb oder ausserhalb von Vernehmlassungsverfahren zu verschiedenen Dossiers Stellung. Er setzte seine Beziehungen mit mehreren Direktionen fort und gab den Startschuss für eine neue Politik bei der Information und Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt wurden 10 Vollversammlungen abgehalten (Büro: 11 Sitzungen; Ausschüsse und Delegationen: 39 Sitzungen).

Die Staatskanzlei besuchte die sieben Direktionen, um eine Standortbestimmung in bezug auf den Berner Jura und die Zweisprachigkeit vorzunehmen. Sie musste auf die Idee, das *Compte rendu des séances du Grand Conseil* durch ein geeigneteres Instrument zu ersetzen, verzichten. Nach einer Umfrage bei der Leserschaft des *Compte rendu* hat sie hingegen beschlossen, dessen Druckmodalitäten zu ändern.

2.2.2.6 Zentrale Bibliothek

Die Arbeiten für eine computergestützte Katalogisierung aller Werke der Staatskanzlei (Errichtung einer zentralen Bibliothek) wurden aufgenommen. Sie sollen im Jahr 1998 je nach den finanziellen und zeitlichen Kapazitäten fortgesetzt werden.

2.2.3 Staatsarchiv (StAB)

2.2.3.1 Öffentlichkeitsarbeit

Vom 15. April bis Mitte Juli wurde in der Ausstellung «Berner Bahnen, Visionen-Realisationen, 1857 bis 1997» die Entwicklung des bernischen Eisenbahnnetzes dargestellt, wobei eigens gestaltete Kantonskarten (Mithilfe der Dienststelle Geodat der BVE) erstmalig einen phasenweisen Überblick über gebaute und auch bloss geplante Bahnstrecken erlaubten. In rund 50 Führungen und im freien Besuch besichtigten rund 3000 Personen die Ausstellung. Nach deren Abschluss wurde eine neue Dauerausstellung aufgebaut, die dann am Tag der offenen Türe (15. November, rund 450 Besucher) und bei weiteren Besuchergruppen erlaubte, den Wert und die Vielfalt des vom StAB betreuten Archivgutes zu demonstrieren.

Verschiedentlich wirkte das Staatsarchiv auf eidgenössischer und kantonaler Ebene in Kursen mit, um über Archiv- und Kulturgüter-schutzbelange aufgrund der eigenen Praxis zu informieren.

2.2.3.2 Erschliessung und Benützung

Nach der Inventarisierung aller Bezirksarchive konnten die Kräfte auf die – ebenfalls EDV-gestützte – Erschliessung weiterer Fonds konzentriert werden, so dass jetzt im Prinzip die Inventarisierung im StAB à jour ist. Um so wichtiger wird nun die effiziente Organisation der Zusammenarbeit mit der heutigen Staatsverwaltung, damit die Überführung des «archivierungswürdigen Schriftgutes» (auch des auf modernsten Trägern bearbeiteten) der Gegenwart ins Archiv sichergestellt werden kann. Haben doch die jüngsten Vorkommnisse auf internationaler Ebene deutlich gezeigt, wie wohlgeordnete und gut erhaltene Archivbestände unvermittelt staatspolitische Relevanz erlangen können.

Bei einem Gesamtzuwachs an Archivalien von 472 Laufmetern stammten 463 Laufmeter von staatlichen Dienststellen.

Die Frequenz im Lesesaal nahm erneut zu, was sich besonders auch im Genealogie-Bereich (14800 Kirchenbuch-Einheiten, in der Regel Mikrofilme vorgelegt; im Vorjahr 14180) auswirkte. Offenbar entspricht gerade die Zusammenführung der Kirchenbücher einem weitverbreiteten Bedürfnis der Genealogen aus dem In- und Ausland.

2.2.3.3 Bewahrung von Kulturgütern

Die Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten an wertvollen Objekten (vor allem Karten und Plänen und jetzt auch – dank der finanziellen Unterstützung durch ein bernisches Bankinstitut – Fotografien) konnten planmässig vorangetrieben werden. Ein wichtiges Instrument stellt bei diesen Arbeiten die Mikroverfilmung (Sicherheits- und Gebrauchskopien) dar. Bern hatte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg pionierhaft mit Verfilmungen begonnen: es zeigt sich jetzt, dass dieses ältere Filmmaterial an die Grenze seiner Lebensdauer gelangt ist, so dass dringend ein Erneuerungsprogramm eingeleitet werden muss.

2.2.4 Amt für Information (AI)

2.2.4.1 Allgemeines

Die Vorbereitungsarbeiten für das Pilotprojekt NEF-AI 2000 und die Einführung zweier neuer Kadernarbeitenden bildeten im organisatorisch-personellen Bereich das Schwergewicht. Die Vorbereitungsarbeiten für das NEF-Pilotprojekt waren sehr zeitintensiv. Für die kleine Organisationseinheit des AI war das Vorhaben einerseits eine grosse Zusatzbelastung, andererseits jedoch auch eine Chance, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vorbereitenden Prozess einzubeziehen und damit die Motivation zu fördern. Daneben war das Personal des AI hauptsächlich mit den ordentlichen Arbeiten für die interne und externe Information ausgelastet.

2.2.4.2 Externe Information

Die Beratungstätigkeit im Bereich der Information der Bevölkerung insbesondere zu komplexen Themen und der projektbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit waren eine grosse Herausforderung. Die Information der Öffentlichkeit stellte in bezug auf Belastbarkeit und Flexibilität höchste Ansprüche an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AI. Im Informationsdienst wurden die professionell aufbereiteten Medientexte von 244 Abonnenten in deutscher und von 80 in französischer Sprache bezogen. Die Mehrheit der 558 Medienmitteilungen mit insgesamt 796 Seiten wurde per Briefpost verschickt. Der elektronische Versand an die rund 87 Fax-Abonnenten wurde wie bisher gezielt dann eingesetzt, wenn es Aktualitäts- oder Termingründe erforderten. Die Vorbereitungsarbeiten für die 108 Medienkonferenzen und die Redaktion und Übersetzung der auf Rekordniveau angestiegenen Anzahl von Medienmitteilungen des Kantons waren in bezug auf die professionelle Kapazität die Schwergewichte.

Mit der Realisierung des ersten Internet-Auftritts des Kantons und den sorgfältigen Abklärungs-, Konzept- und ersten Realisierungsarbeiten für die Publikation der Basisdokumentation «BE InForm» wird in erster Linie das Ziel verfolgt, den individuellen Informationsbedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern besser entsprechen zu können. Die Vorbereitungen für das Buchprojekt «Kultur- und Wirtschaftsportrait des Kantons Bern», die 1996 in enger Zusammenarbeit mit einem deutschen Verlag aufgenommen worden waren, wurden 1997 vorläufig sistiert (Probleme mit der Finanzierung).

2.2.4.3 Interne Information

Im Bereich der internen Information lag ein Hauptgewicht auf Hintergrundinformationen (vier Ausgaben der Personalzeitschrift «BE-info») und aktuellen Informationen zu personalrelevanten Themen («BE-info: FLASH»). Die arbeitsintensive Redaktion, Produktion und Herausgabe der wöchentlichen Presseschau («BE-reflexe»), zu der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AI beitragen, bildete ein zweites Schwergewicht. Ergänzt wurden diese Informationen durch über 100 Spezial-Presseschauen, die unter anderem nach Medienkonferenzen zuhanden aller Beteiligten erstellt wurden (Erfolgskontrolle), sowie durch die laufende, themenbezogene Auswertung der Printmedien. Schliesslich wurden Abklärungen und Vorarbeiten für den Aufbau eines Informationspools («BE.doc») geleistet.

2.2.5 Ratssekretariat (RS)

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats und des Grossratsrevisorsats befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 Kantonale Stelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)

2.2.6.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr war ein auffallender Anstieg im Bereich der schriftlichen und mündlichen Rechtsberatungen festzustellen. Auch die anderen Dienstleistungen der Fachstelle (FGS) wurden von Dienststellen kantonaler und kommunaler Verwaltungen, Behördenmitgliedern und zahlreichen Einzelpersonen rege in Anspruch genommen (Referate/Öffentlichkeitsarbeit, Mitarbeit in verschiedenen internen und externen Arbeitsgruppen, Vernehmlassungen/Mitberichte, Bibliothek/Dokumentation usw.). Erstmals wurde in diesem Jahr allen Kantonsangestellten mit der Januar- und Dezemberlohnabrechnung «Transparenz», Statistische Grundlagen über die Arbeitsverhältnisse des Staatspersonals, zugestellt. Die FGS leitete eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema NEF 2000 und Gleichstellung und erarbeitete Grundsätze und Handlungsanweisungen für eine gleichstellungsfreundliche Verwaltungsreform. Sie ist auch federführend für die Erarbeitung des Entwurfs Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Gleichstellung. Publikationen: Im Bulletin Nr. 13 äusserten sich 68 Persönlichkeiten aus dem Kanton Bern zum Thema Gleichstellung, Nr. 14 beleuchtete den Alltag junger Frauen im Kanton Bern. Die FGS hat zudem massgeblich an der Broschüre der Gleichstellungskonferenz «New Public Management – eine gleichstellungspolitische Herausforderung» mitgearbeitet, die sich einer grossen Nachfrage erfreut.

2.2.6.2 Besondere Tätigkeiten

Vom März bis Dezember begleitete die FGS das von ihr initiierte Beschäftigungsprogramm «Frauenziel Arbeitsmarkt!». Inhalt war die Überprüfung der Gleichstellungsfreundlichkeit arbeitsmarktlischer Massnahmen, insbesondere von Beschäftigungsprogrammen. Der abschliessende Bericht liegt vor. Am 6. Mai eröffnete Bundesrätin Ruth Dreifuss die nationale Kampagne «Halt Gewalt in Ehe und Partnerschaft». Lanciert wurde die Kampagne von der Gleichstellungskonferenz. Ziel der Kampagne war die Sensibilisierung für das weitgehend tabuisierte Thema der Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft. Die nationale Kampagne wurde begleitet von regionalen Aktivitäten zum Thema Gewalt, die von den Fachstellen für Gleichstellung von Stadt und Kanton Bern in enger Zusammenarbeit mit spezialisierten Institutionen organisiert und durchgeführt wurden. An einer Pressekonferenz im November wurde die Öffentlichkeit umfassend über die durchgeführten Aktionen informiert.

Der von der Fachstelle und der Abteilung Erwachsenenbildung der Erziehungsdirektion initiierte Kurs «Wir haben viel zu gewinnen... politische Bildung für Frauen» konnte mehrmals mit Erfolg durchgeführt werden. Die FGS reichte ein Finanzhilfegesuch nach Artikel 14 GIG für ein praxisorientiertes Projekt zur Förderung gleichstellungsfreundlicher Reorganisationen in Verwaltungen und öffentlich-rechtlichen Institutionen ein. Dem Gesuch wurde Ende Jahr entsprochen.

2.2.6.3 Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen

Die Fachkommission hat im Frühjahr eine Aktion bei den Gemeinden gestartet, um sich im ländlichen Raum besser bekannt zu machen. Ab Herbst hatte sie Gelegenheit, ihre Tätigkeit an verschiedenen Veranstaltungen vorzustellen oder zu ausgewählten Sachthemen zu sprechen. Im Hinblick auf die Wahlen 98 hat die Kommission einen Kurzgeschichtenwettbewerb unter dem Titel «Die Bunte» ausgeschrieben. Ziel der Aktion ist, die Geschichten öffentlich zu machen und damit die Bevölkerung aufzufordern, bei

der Wahl Frauen als Kandidatinnen vermehrt in Betracht zu ziehen. Es sind über achtzig Geschichten eingegangen. Die Kommission hat zudem Medienleute aufgefordert, in ihrer Wahlberichterstattung Frauen gleichgewichtig wie Männer in den gedruckten und den elektronischen Medien zu Wort und Bild kommen zu lassen.

Die Kommission hat Stellung genommen zum Vorentwurf über die Änderung des Strafgesetzbuches betreffend Schwangerschaftsabbruch und zur Vorlage Zuschuss nach Dekret. Die Arbeitsgruppen Gewalt und Wirtschaftskrise haben die Aufgaben der Fachstelle zu diesen Themen (Konzept «Von den Opfern zu den Tätern», Beschäftigungsprogramm, Frauenarbeit und Wirtschaftskrise usw.) eng begleitet. Im übrigen ist die Kommission Co-Trägerin des Projekts nach Artikel 14 GIG «Arbeit (ver)teilen – und gewinnen!».

2.3 Personal

2.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 1997

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen (ohne STEBE-Aushilfen)

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Amt für Zentrale Dienste ¹	25	15	23,70	9,30	33,00
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ²	7	10	6,20	6,40	12,60
Staatsarchiv	11	4	10,50	2,30	12,80
Amt für Information	4	3	3,90	2,10	6,00
Ratssekretariat	3	3	3,00	2,80	5,80
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	0	2	0,00	1,50	1,50
Total Staatskanzlei per 31. 12. 97	50	37	47,30	24,40	71,70
Vergleich zum Vorjahr	51	31	48,80	22,35	71,15
STEBE-Aushilfen per 31. 12. 97³	2	4	1,10	2,00	3,10
Vergleich zum Vorjahr	1	4	0,20	2,70	2,90

¹ Einschliesslich Redaktorin des Tagblattes des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber

² Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

³ Amt für Zentrale Dienste: 2 Personen bzw. 1,30 Stellen
 Amt für Sprachen- und Rechtsdienste: 1 Person bzw. 0,80 Stellen
 Staatsarchiv: 2 Personen bzw. 0,30 Stellen
 Gleichstellungsstelle: 1 Person bzw. 0,70 Stellen

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 1997

Da der neue Stellenpunktebestand noch nicht definitiv festgelegt ist, wird für das Jahr 1997 die Tabelle 2: «Stellenbewirtschaftung 1997» im Verwaltungsbericht 97 nicht aufgeführt.

2.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Mitte April 1997 nahm François Burdet seine Tätigkeit als französischsprachiger Vorsteher-Stellvertreter des Amtes für Information auf. In dieser Funktion übernahm er einen wichtigen Teil der Führungsaufgaben im AI, insbesondere aber auch die Betreuung der französischsprachigen Medienschaffenden und -redaktionen.

2.3.3 Aus- und Weiterbildung

Das Amt für Sprachen- und Rechtsdienste der Staatskanzlei organisierte vom 25. bis 27. August 1997 sein bisher drittes Weiterbildungsseminar, an dem 30 Übersetzerinnen-Terminologinnen und Übersetzer-Terminologen aus der Kantonsverwaltung, der

Amtsvorsteher und der Terminologie-Beauftragte teilnahmen. Das Seminar fand im Interregionalen Fortbildungszentrum in Tramelan statt. Auf dem Programm standen Vorträge zu folgenden Themen: die Qualität von Übersetzungen, die politischen Parteien, Übersetzungstheorien, die punktuelle Terminologie, Arbeitsinstrumente und Weiterbildung für Übersetzer, die Geschichte des Berner Juras. Das Seminar war eine Gelegenheit, alle Übersetzerinnen-Terminologinnen und Übersetzer-Terminologen der Kantonsverwaltung zu einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch einzuladen. Gemeinsam mit der Abteilung Personalentwicklung des Personalamtes organisierte das Amt für Information eine Reihe von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen im Medienbereich. Das 1994 eingeführte baukastenartige System hat sich bewährt, wird jährlich überprüft und den jeweiligen Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Kantonsverwaltung angepasst.

2.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Die Arbeitsgruppe Chancengleichheitsrichtlinien hat einen ersten Tätigkeitsbericht zuhanden des Staatsschreibers erstellt. Folgende Massnahmenziele wurden erreicht: Die Lehrlinge des 1. und 2. Lehrjahres wurden in die Arbeit der Fachstelle für Gleichstellung eingeführt. Ein Kriterienkatalog zur Anrechenbarkeit von Qualifikationen aus Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit und anderen ausserberuflichen Tätigkeiten wurde in Kraft gesetzt und an alle Direktionen weitergeleitet. Ein direktionsübergreifendes Konzept für ein Krippenprojekt wurde erarbeitet.

2.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

Stand am 31.12.1997

1.2 Europäische Integration

Aktive Beteiligung an interkantonalen Institutionen, die sich mit Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befassen, sowie an europäischen Gremien. (2)

Der Kanton war aktiv an den Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft Jura (AGJ; Communauté de travail du Jura, CTJ) beteiligt, welche die im Rahmen des europäischen Programms INTERREG vorgestellten Projekte betrafen, und empfing den AGJ-Rat in Neuenstadt. 1997: Zahlreiche Sitzungen der Organe von AGJ und INTERREG sowie Prüfung zahlreicher europäischer und eidgenössischer INTERREG-Kreditgesuche. Übertragung der administrativen Verantwortung des Dossiers an die Volkswirtschaftsdirektion.

1.3 Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen

Beteiligung des Berner Juras an den Projekten des Jurabogens (Arc jurassien) gewährleisten und erleichtern. (2)

Die Arbeitsgemeinschaft Jura, der Regionalrat und die Interjurassische Versammlung sind ebenfalls geeignete Organe, um diese Massnahme zu realisieren. 1997: Fortsetzung der Aktivitäten. Ende Jahr wurde das schweizerische Ko-Präsidium dem Kanton Bern übertragen.

Präsenz des Kantons in den interkantonalen Organisationen insbesondere der Westschweiz gemäss Artikel 2 KV aufrechterhalten und verstärken. (2)

Dank der Präsidien zahlreicher nationaler (u. a. Konferenz der Kantonsregierungen) und regionaler Konferenzen nimmt der Kanton eine Brückenfunktion zwischen den verschiedenen Regionen wahr. 1997: Übertragung des Präsidiums der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an den Kanton Bern.

Konstruktiven Dialog mit dem Kanton Jura aufnehmen. (1)

Der mit der Vereinbarung vom 25. März 1994 institutionalisierte Dialog wurde insbesondere mit bilateralen Begegnungen fortgesetzt. 1997: Erstes offizielles Treffen der Regierungen der Kantone Bern und Jura.

1.4.2 Regionen (insbesondere Berner Jura)

Ausarbeitung und Entwicklung der im Bericht über die Romands im Kanton Bern aufgezeigten Wege, zusammen mit den zuständigen Kreisen (2); Prüfung und Ausarbeitung der mit Artikel 5 der Kantonsverfassung vom 6. Juni 1993 eröffneten Wege. (2)

Es handelt sich um mittel- und langfristige Ziele, die ein Handeln von Regierungsrat und Regionalrat erfordern. Vor dem Hintergrund, den Weg der Relativierung der Grenzen weiterzuführen, wurde der Dialog in zahlreichen Bereichen eingeleitet.
1997: Organisation einer Informations-tagung am 11. Juni in Tramelan: der Regierungsrat trifft sich mit politischen Persönlichkeiten, Institutionen und Organisationen der Region. Vorbereitung eines Berichts.

Umsetzung des Gesetzes über die Verstärkung der politischen Mitwirkung des Berner Juras und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel (M.B.J.G.); Zusammenarbeit von Region und Kantonsverwaltung mit dem Regionalrat; Bildung des Regionalratssekretariats. (1)

Das M.B.J.G. wird vollständig umgesetzt, und der Regionalrat hat sich als Organ des Dialogs durchgesetzt.
1997: Schwerpunkt auf Information und gleichzeitige Fortsetzung der Aktivitäten; Gesuch um personelle Aufstockung des Regionalratssekretariats aufgrund der Arbeitslast.

1.6.1 Regierungsrat

Verbesserung der Planungsinstrumente (Richtlinien der Regierungspolitik und Finanzplan). Instrumente zur integrierten Aufgaben- und Ressourcensteuerung entwickeln und gegebenenfalls einführen. (1)

Der Regierungsrat hat am 25. Juni 1997 einen Schlussbericht der Staatskanzlei und damit ein neues Konzept der politischen Gesamtplanung genehmigt. Das neue Konzept nimmt Abstand von der Idee der integrierten Aufgaben- und Ressourcensteuerung im Sinne von EFFISTA-IARS.

Durchführung von Klausurtagungen. (1)
Koordination von Regierungs- und Parlamentsreform. (2)

1997: 11 Tagungen.
Die Staatskanzlei hat ihre Aufgabe als gemeinsame Stabsstelle von Grosse Rat und Regierungsrat wahrgenommen. Sie hat insbesondere die Arbeiten der Kommission Parlamenteffizienz begleitet und die Information der obersten Behörden sichergestellt.

Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips und des Informationsgesetzes. (1)

Den Grundsätzen des Informationsgesetzes – insbesondere das Öffentlichkeitsprinzip und die rasche Information der Bevölkerung – wurde konsequent nachgelebt. Vor Volksabstimmungen informiert die Regierung nach klar definierten Kriterien.
1997: Beratung der Behörden und der Kantonsverwaltung.

1.6.3 Öffentlichkeitsarbeit

Medienausbildung des Kadres intensivieren und neues Ausbildungskonzept realisieren. (2)

Das neue Konzept hat sich bewährt und wird laufend den aktuellen Bedürfnissen der Kader angepasst.
1997: Ausbildungskonzept konsolidiert.

PR-Konzept überarbeiten und neu definieren. (2)

Die Arbeiten wurden mit der formellen Aufhebung des PR-Dienstes auf Ende 1995 beendet. Das Schwergewicht lag auch im Berichtsjahr auf einer raschen und offenen Information.
1997: Beratungstätigkeit und kontinuierliche Begleitung von grossen Projekten des Kantons.

Erscheinungsbild auf Praxisnähe überprüfen und überarbeiten. (2)

Die Überprüfung wurde mit der Publikation eines praxisnahen Leitfadens im Jahre 1995 abgeschlossen.

EDV-Vernetzung ausbauen und Zugriffsmöglichkeiten verbessern. (2)

Das Weitbereichskommunikationsnetz der Finanzdirektion und der Anschluss ans Internet sind in Realisierung und sollten 1998 markante Verbesserungen (auch bei der Verbreitung der Informationen über den Kanton und die Tätigkeit seiner Behörden) bringen.
1997: Vorbereitungsarbeiten für eine eigene Homepage auf dem Internet.

Online-Verbindungen extern aufbauen. (2)

Vorläufig keine weitergehenden Arbeiten, bis Klarheit über die Möglichkeiten von Weitbereichskommunikationsnetz und Internet (elektronische Post) vorhanden ist.
1997: Mitarbeit am Pilotprojekt «Kanton Bern im Internet» der Finanzdirektion und Vorarbeiten für eine Homepage der Staatskanzlei mit Grundinformationen über den Kanton.

Aktualitätsbezogene Information und Berichterstattung über die Themen, die für das Personal relevant sind, sicherstellen. (3)

Laufende Hintergrund- sowie aktualitätsbezogene Information des Personals.
1997: Schwergewicht bei der Information über das neue Gehaltssystem (BEREBE) und die Haushaltsanierung '99.

Förderung von publikumsgerechter Präsentation historischer Zusammenhänge in Ausstellungen, Publikationen und Vorträgen. (2)

In einer vom StAB initiierten Artikelserie im «Bund» (Bern – gestern und heute) haben bernische Kulturinstitute (Archive, Museen) gezeigt, wie (z.B. im Strassenbau, in der Jugendbetreuung, in der Denkmalpflege) dauernde Staatsaufgaben über die Jahrhunderte hinweg bis in die Gegenwart immer wieder neue Lösungsansätze erheischen (Fortsetzung im Jahre 1998).

1.7 Kantonsverwaltung

Stärkung der Juradelegation des Regierungsrates und Neuausrichtung der Anstrengungen der kantonalen Behörden zugunsten des Berner Juras gemäss Postulat Graf (P 110/93). (2)

Die Auswertungen der Anhörungen im Zusammenhang mit dem Bericht «Die Romands im Kanton Bern» und der Informationstagung vom 11. Juni in Tramelan werden in einem Bericht des Regierungsrates an den Grosse Rat über die Jurapolitik des Regierungsrates erfolgen.
1997: Bilanz Berner Jura 1996, Informationstagung vom 11. Juni in Tramelan, Vorbereitung eines Berichts des Regierungsrates.

Ausbau des beruflichen Aus- und Weiterbildungsangebots des Amtes für Sprachendienste sowie der Zusammenarbeit zwischen den Übersetzungsdiensten und des Terminologiedienstes der Zentralverwaltung. (2)

1997: Das Amt für Sprachendienste hat in Tramelan ein dreitägiges Weiterbildungsseminar für alle Übersetzerinnen und Übersetzer-Terminologinnen und Übersetzer-Terminologen der Kantonsverwaltung organisiert.

7.3 Personalpolitik

Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen in der Verwaltung erlassen und konsequent umsetzen. (2)

Im Jahre 1997 haben die Direktionen und die Staatskanzlei erste Umsetzungs-massnahmen vollzogen.

2.5 Gesetzgebungsprogramm (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1997

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien		
– Medienförderungsgesetz	3	1998
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten	–	–
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht	–	–
2.5.4 Andere Gründe		
– Gesetz über die politischen Rechte (Änderung; HS 99, Versand des Werbematerials bei Wahlen)	5	
0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen	5 = vom Grosse Rat verabschiedet	
1 = in Ausarbeitung	6 = Referendumsfrist läuft	
2 = in Vernehmlassung	7 = vor der Volksabstimmung	
3 = vom Regierungsrat verabschiedet	8 = zurückgewiesen	
4 = von der Kommission behandelt		

2.6 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. 12. 1997

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition ¹	Produktionskosten ² bei Vollbetrieb	Produktionskosten ² im Berichtsjahr	Realisierungszeitraum
	TFr.	TFr.	TFr.	
4230.100.210 BELEX	600	70	–	1997
4230.100.211 REPAVO	50	noch nicht bekannt	–	1998–1999
4230.500.201 GRIS	50	noch nicht bekannt	–	1998–2001

¹ Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan

² Folgendes Konto wird berücksichtigt:

a Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.7 Andere wichtige Projekte (Übersicht)

Projekt	Stand der Arbeiten 31. 12. 97	geplanter Abschluss
Überprüfung der Konzeption der politischen Gesamtplanung	in Erarbeitung (vgl. Ziff. 2.1)	Juni 1997
Information und Öffentlichkeitsarbeit – Vorbereitungsarbeiten und Umsetzung Pilotprojekt NEF-AI 2000	Projekt in Arbeit	Ende 1999
– «Kanton Bern im Internet» (eigene Homepage der Staatskanzlei)	Projekt in Arbeit	Frühjahr 1998
– Basisdokumentation über den Kanton Bern («BE InForm»)	Projekt in Arbeit	schrittweise Realisierung, laufende Aktualisierung Sommer 1998
– Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen» Ausgabe 1998/99	Projekt in Arbeit	

2.8 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.8.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

2.8.1.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate

Grosser Rat

Motion 135/95 Sidler, Port, vom 10. Mai 1995 betreffend Mit weniger Aufwand zu mehr Wirkung: Verbesserung der Effizienz und Erhöhung der Handlungsfähigkeit des Grossen Rates (angenommen am 6. 11. 1995).

Motion 255/96 Marthaler, Oberlindach, vom 4. Dezember 1996 betreffend Sparpaket und Effizienz im Grossen Rat (Punkt 1 zurückgezogen, Punkt 2 angenommen als Postulat 20. 1. 1997). Die Kommission Parlamentseffizienz hat am 15. September 1997 ihren Bericht vorgelegt, der im Programm der Januar-Session 1998 des Grossen Rates enthalten ist.

Gleiche Rechte für Frauen und Männer

Postulat 070/96 Widmer, Bern, vom 11. März 1996 betreffend Einführung eines Schlichtungsverfahrens (angenommen am 2. 9. 1996).

Am 27. November 1996 wurde eine paritätische Schlichtungskommission eingesetzt. Das Sekretariat wird von der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern geführt. Wie die Postulantin fordert, gilt das Schlichtungsverfahren sowohl für privatrechtliche wie auch für öffentlich-rechtliche Arbeitsverhältnisse. Es ist freiwillig und keine Bedingung für das Einreichen einer Klage. Die Forderung der Postulantin, für das Schlichtungsverfahren eine eigenständige Stelle zu schaffen, scheint hingegen unter den gegenwärtigen Bedingungen unrealistisch. Nach einer zweijährigen Anlaufphase wird jedoch überprüft werden müssen, ob der Arbeitsanfall in der gegenwärtigen Form zu bewältigen ist.

Medien

Motion 017/97 Balmer, Rosshäusern, vom 20. Januar 1997 betreffend Das Regionaljournal darf nicht sterben! (angenommen am 10. 3. 1997).

Der Regierungsrat hatte bereits vor Einreichung der Motion, nämlich am 18. Dezember 1996, bei der Generaldirektion der SRG

schriftlich interveniert. Ähnliche Interventionen machten die Kantone Freiburg und Wallis Anfang 1997. Seither ist das Regionaljournal von Schweizer Radio DRS etwas umgestaltet und mit einer zweiten Frühausgabe («8 vor 8») ergänzt worden. Schliesslich wurde auch die regelmässige Berichterstattung aus dem Grossen Rat des Kantons Bern beibehalten, womit das Hauptziel der Motion erreicht wurde.

2.8.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

2.8.2.1 Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist

Grosser Rat

Motion 216/96 Rickenbacher, Port, vom 2. September 1996 betreffend Neue Ausgestaltung der Finanzaufsicht: Unabhängigkeit der Finanzkontrolle anstelle des Grossratsrevisorats (Punkt 1 angenommen als Motion, Punkt 2 angenommen als Postulat am 4. 11. 1996).

Motion 226/96 Reber (Finanzkommission), Schwenden, vom 2. September 1996 betreffend Unabhängige Finanzkontrolle als gemeinsames Organ von Regierung und Parlament (angenommen am 4. 11. 1996).

Postulat 227/96 Reber (Finanzkommission), Schwenden, vom 2. September 1996 betreffend Verwaltungsunabhängiges Ratssekretariat (angenommen am 4. 11. 1996).

Der Vollzug erfolgt im Rahmen des Projekts Neue Finanzaufsicht. Die Finanzkommission, die Geschäftsprüfungskommission und die Kommission Parlamentseffizienz des Grossen Rates sowie der Regierungsrat konnten im Herbst zu vier Varianten, die der Gesamtprojektausschuss ausgearbeitet hatte, Stellung nehmen. Dem Grossen Rat wird 1998 ein Bericht vorgelegt werden.

Motion 251/96 Seiler, Bönigen, vom 4. November 1996 betreffend Generalabonnemente für die Mitglieder des Grossen Rates (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben, Punkt 2 angenommen als Postulat am 28. 4. 1997).

Die Staatskanzlei hat ihre Arbeiten so geplant, dass der Grosse Rat nach den Wahlen 1998 über eine allfällige Beschaffung von Generalabonnementen wird entscheiden können.

Motion 053/97 Widmer, Wanzwil, vom 10. März 1997 betreffend Unabhängige Überprüfung der Arbeitsvergebungen durch den Kanton Bern (angenommen am 1. 9. 1997).

Die Geschäftsprüfungskommission hat die Überprüfungsarbeiten bereits 1997 eingeleitet. Die ersten Ergebnisse sollten noch vor Ende der Legislaturperiode vorgelegt werden können.

Berner Jura

Motion 172/96 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996 betreffend Für den Erhalt der dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7. 11. 1996).

Es handelt sich um einen Dauerauftrag, den der Regierungsrat in seiner gesamten Politik in bezug auf den Berner Jura befolgt.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 107/96 Aebischer, Guggisberg, vom 19. März 1996 betreffend Änderung Dekret über die politischen Rechte (Bezirksbeamtenwahl) (angenommen am 2. 9. 1996).

Das Vernehmlassungsverfahren wurde im Oktober 1997 abgeschlossen. Der Regierungsrat wird den Entwurf im Hinblick auf die Juni-Session 1998 an den Grossen Rat weiterleiten.

Gleiche Rechte für Frauen und Männer

Motion 014/96 Gurtner, Bern, vom 15. Januar 1996 betreffend Gewalt gegen Frauen: Von den Opfern zu den Tätern (angenommen am 2. 9. 1996).

Die Arbeiten sind im Gang. Das Konzept und die entsprechenden Massnahmen zur Verhinderung von Gewalt an Frauen mit Schwerpunkt auf der Täterseite werden im Verlauf des Jahres 1998 vorliegen.

Motion 056/96 Gurtner, Bern, vom 23. Januar 1996 betreffend Migrantinnen im Kanton Bern (angenommen als Postulat am 2. 9. 1996).

Die Arbeiten werden im Verlauf des Jahres 1998 aufgenommen. Im Rahmen eines Projekts aufgrund des Lehrstellenbeschlusses des Bundes werden gegenwärtig Vorarbeiten geleistet (Koordination und Information unter Behörden, Institutionen und Organisationen, die sich mit Migrationsfragen befassen), die für die Erfüllung des Postulats nützlich sein werden.

2.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Amtsblätter

Postulat 64/95 Hofer, Biel, vom 13. März 1995 betreffend Amtsblatt: Reduktion amtlicher Publikationen (Buchstabe b abgelehnt, Buchstaben a und c angenommen am 4. 9. 1995; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 17. 11. 1997).

Die Frage der gemeinderechtlichen Publikationen im Amtsblatt wird im Rahmen des Projekts Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden geprüft (P 1.1 Amtliche Veröffentlichungen; vgl. auch Zwischenbericht vom 13. September 1996, Anhang 1). Der vom Grossen Rat anlässlich der November-Session 1997 in erster Lesung beratene Gemeindegesetz-Entwurf verzichtet auf die Publikationspflicht von Gemeindeversammlungen im Amtsblatt. Ein erster verwaltungsinterner Entwurf von Richtlinien zur geschlechtergerechten Formulierung in der Verwaltungssprache liegt vor. Da sich in der französischen Sprache besondere Probleme des geschlechtergerechten Formulierens stellen, wird mit den Gleichstellungsbüros der französischsprachigen Kantone ein koordiniertes Vorgehen geprüft.

2.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Berner Jura

Postulat 269/92 Houriet, Courtelary, vom 10. Dezember 1992 betreffend Zweisprachigkeit (angenommen am 23. 6. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).

Postulat 110/93 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993 betreffend Für eine stärkere Rolle der Juradelegation des Regierungsrates (angenommen am 2. 11. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).

Postulat 216/93 Verdon, Neuenstadt, vom 16. September 1993 betreffend Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16. 3. 1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4. 11. 1996).

Motion 124/94 Aellen, Tavannes, vom 5. September 1994 betreffend Rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben, Punkt 2 angenommen als Postulat am 17. 1. 1995).

Die Untersuchung der in diesen vier Vorstössen angeführten Probleme wird Gegenstand eines globalen Berichts sein, der ursprünglich 1997 hätte verfasst werden sollen, jedoch erst Anfang 1998 vorliegen wird.

2.9 **Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)**

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriften-sammlung	Zustande-kommen	Bemerkungen
Vermummungsverbot bei Demonstrationen	10. 6. 92	3. 2. 93	Ablehnung des Gesetzesentwurfes durch den Grossen Rat am 20. 11. 1997 Volksabstimmung über die Initiative im Jahre 1998

Bern, Februar 1998

Der Staatsschreiber: *Nuspiger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 4. März 1998